

Nachrichten

Neue Vorwürfe gegen Bewerber der Republikaner

Washington (AFP/nd). In der Affäre um den republikanischen US-Präsidentschaftsbewerber Herman Cain wirft eine weitere Frau dem 65-Jährigen sexuelle Belästigung vor. Cain habe sie 1997 in einem Auto bedrängt, sagte Sharon Bialek am Montag in New York als erstes der mutmaßlichen Opfer in einer Stellungnahme. Cain war bislang einer der aussichtsreichsten Bewerber der Republikaner für die Präsidentschaftskandidatur.

Kommentar Seite 4

Clinton: Nicht alle Islamisten sind gleich

Washington (AFP/nd). Die USA sind nach den Worten von Außenministerin Hillary Clinton zur Zusammenarbeit mit aufstrebenden islamistischen Gruppierungen in Arabien bereit. »Nicht alle Islamisten sind gleich«, sagte Clinton am Montag (Ortszeit) in Washington. Es komme nicht darauf an, wie sich die Parteien bezeichnen, sondern wie sie handelten. Als Beispiel nannte Clinton die islamistische Ennahda-Partei in Tunesien, die dort im Oktober Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung gewonnen hatte.

Sarkozy nennt Netanjahu Lügner

Paris (AFP/nd). Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy hat einem Medienbericht zufolge den israelischen Regierungschef Benjamin Netanjahu als Lügner bezeichnet. Vor einer Pressekonferenz beim G-20-Gipfel in Cannes in der vergangenen Woche hätten die Journalisten aus Versehen eine Unterhaltung Sarkozys mit US-Präsident Barack Obama mithören können, berichtete das französische Internetmagazin »Arrêt« am Dienstag. Dabei habe Sarkozy zu Obama gesagt: »Ich kann ihn nicht mehr sehen, das ist ein Lügner.« Daraufhin habe Obama geantwortet: »Du magst ja genug haben von ihm, aber ich muss jeden Tag mit ihm umgehen!«

Südkorea hilft Nordkorea mit Arznei

Seoul (dpa/nd). Südkorea gibt Geld für die Lieferung medizinischer Hilfsgüter für die Koreanische Demokratische Volksrepublik frei. Das Vereinigungsministerium, sagte eine Sprecherin in Seoul am Dienstag, habe entschieden, 6,94 Millionen Dollar für die Lieferung medizinischer Geräte und Arzneien aufzuwenden. Der Betrag ist der Rest einer Spende in Höhe von 13,12 Millionen Dollar, die Südkorea vor zwei Jahren für die Nordkorea-Hilfe der WHO zugeteilt hatte.



Afghanische Polizisten und USA-Soldaten eilen zum Ort eines Taliban-Anschlags in Kandahar.

Foto: AFP/Jangir

Dieser Krieg ist ein riesiges Geschäft

Rahimullah Yusufzai über die Friedensbemühungen in Afghanistan



Rahimullah Yusufzai (57) ist Redakteur der pakistanischen Zeitung »The News International«. Er berichtet seit vielen Jahren über die Taliban, interviewte deren Chef Mullah Omar ebenso wie Osama bin Laden und gilt als Kenner der afghanischen Angelegenheiten und der pakistanischen Stammesgebiete. Für »nd« sprach Antje Stiebitz mit dem wohl bekanntesten Journalisten Pakistans.

Foto: Stiebitz

● **Afghanistans Präsident Hamid Karsai sagte bei seinem jüngsten Besuch in der Türkei, dass die Taliban ihren Kampf in Afghanistan von Pakistan aus organisieren. Liegt der Kern des Konflikts also in Pakistan?**

70-jährigen Mann umzubringen, der wenigstens versucht hat, sich für Frieden einzusetzen. Wenn sie Rabbani wirklich umgebracht haben, dann bedeutet das, dass sie einen Friedensprozess nicht wollen.

Ein Aufstand oder eine Befreiungsbewegung braucht immer Unterstützung aus dem Ausland, weil es schwierig ist, Widerstand nur im eigenen Land zu organisieren. Wir müssen zugeben, dass viele der Talibanführer in Pakistan untergetaucht sind. Hamid Karsai weiß, dass der Schlüssel zum Konflikt in Pakistan liegt, aber die Taliban wollen nicht mit ihm sprechen.

● **Ist die Regierung Karsais zu schwach, einen Friedensprozess einzuleiten?**

Deswegen sind ausländische Truppen in Afghanistan. Ja, seine Regierung ist schwach.

● **Die Taliban haben am 20. September den früheren afghanischen Präsidenten Burhanuddin Rabbani umgebracht, der mit den Aufständischen verhandeln wollte. Sind die Taliban überhaupt an Friedensverhandlungen interessiert?**

● **Karsai gilt als Marionette der USA. Sprechen die Taliban nicht mit ihm, sprechen sie doch wahrscheinlich auch nicht mit den USA.**

Die Taliban haben sich zunächst dazu bekannt, Rabbani umgebracht zu haben. Später haben sie behauptet, sie hätten es nicht getan. Sie haben gemerkt, dass es nicht besonders populär war, einen

Die Führer der Taliban weigern sich mit Karsai zu sprechen, weil sie ihn für machtlos halten. Sie wollen direkt mit den USA sprechen, ohne den Umweg über Karsai. Sie halten das Regime Karsais für illegal, weil er von den Amerikanern eingesetzt wurde. Er ist für sie ein Niemand. Es gibt also momentan keine ernsthaften Verhandlungen, stattdessen haben sich die Kämpfe verstärkt.

● **Aber Sie selbst sind nach Deutschland gekommen, um über**

Verhandlungen und Versöhnung zu sprechen.

Ich glaube, dass es eine Lösung nur durch Dialog geben kann. Man versucht jetzt seit zehn Jahren, den Konflikt militärisch zu lösen, aber das funktioniert nicht. Also bleibt nur der Dialog. Zumindest muss man es versuchen.

● **Wie kann Pakistan diesen Prozess unterstützen?**

Pakistan hat angeboten, Versuche zu unternehmen, die Führer der Taliban an den Verhandlungstisch zu bringen. Man glaubt, dass man Einfluss auf die Taliban nehmen kann. Aber ich glaube nicht, dass sich die Amerikaner darauf einlassen wollen. Sie wollen direkt mit den Taliban sprechen.

● **Sie sagten gerade, dass auch die Taliban direkt mit den USA sprechen wollen.**

Es gab bereits mehrere Treffen zwischen beiden Seiten. Auch Pakistan hat ein Treffen zwischen den US-Amerikanern und dem Haqqani-Netzwerk arrangiert, aber das hat nichts ergeben. Die Vereinten Nationen haben ebenfalls mit einigen Taliban gesprochen. Es gibt Initiativen, aber es gibt keinen Durchbruch.

● **Glauben Sie an einen Erfolg der Petersberger Konferenz über Afghanistan im Dezember?**

Dort wird überlegt werden, was in den vergangenen Jahren erreicht wurde und was fehlschlug. Es ist keine schlechte Idee sich zusammenzusetzen. Es gibt viele Konferenzen, die sich mit Afghanistan beschäftigen. Aber die Problematik ist sehr komplex. In Afghanistan wird bereits seit 33 Jahren ge-

kämpft. Das Problem ist so schwierig zu lösen, weil dieser Krieg ein riesiges Geschäft ist. Waffen werden verkauft, Geld wird gemacht, es gibt so viele Interessen, dass ich wenig ernsthafte Friedensbemühungen erwarte.

● **Was halten Sie für einen angemessenen Schritt?**

Es wäre gut, wenn es Kontakt zwischen den Taliban und dem Karsai-Regime gäbe. Karsai sagt, dass die Taliban von Pakistan kontrolliert werden. Die Taliban sagen, Karsai werde von Amerika kontrolliert. Beide sollten die Stärke des anderen anerkennen und sich treffen. Die USA und Pakistan können dabei helfen. Aber die Verhandlungen sollten zwischen den Afghanen ablaufen. Karsai ist Afghane, die Taliban sind es auch. Sie haben ihre traditionellen Wege, die Dschirgas, um zu verhandeln. Die USA, Pakistan und die NATO sollten das die Afghanen unter sich ausmachen lassen.

● **Sie haben Osama bin Laden und Mullah Omar interviewt. Und Sie haben gesagt, dass Ihnen die Taliban Respekt entgegenbringen. Warum hatten Sie ihren Respekt?**

Sie haben mich respektiert, weil ich der Erste war, der nach Kandahar reiste, als die Taliban auftauchten. Ich habe darüber berichtet, wer sie sind und was sie wollen. Zuvor hatte es niemand riskiert, dorthin zu gehen. Und ich habe immer ehrlich darüber berichtet, was sie gesagt haben. Außerdem habe ich für das BBC-Radio mit seinen verschiedenen Sprachdiensten gearbeitet – auf Pashto, Urdu, Hindi und Englisch. Ich habe sie der Welt vorgestellt. BBC ist glaubwürdig und effektiv. Deswegen habe ich die Interviews bekommen.

Obamas erster Prozess

Anklage in Guantanamo

Von Olaf Standke

Heute beginnt im Gefangenenlager Guantanamo vor einem Militärtribunal der Prozess gegen Abdel Rahim el Nashiri, der erste seiner Art in der Amtszeit von USA-Präsident Barack Obama.

Einst hatte Barack Obama das berühmte Lager als »schwarzes Loch des Rechts« angeprangert. Da stand er noch im Wahlkampf. Mit Guantanamo habe Präsident Bush die Ideale der amerikanischen Demokratie verraten und dem Ansehen des Landes großen Schaden zugefügt. Wenn er ins Weiße Haus einziehen sollte, werde er umgehend für die Schließung sorgen. Tatsächlich gehörte diese Ankündigung zu den ersten Amtshandlungen des Demokraten. Doch das Lager mit nunmehr etwa 170 Häftlingen gibt es noch immer. So wie die von ihm scharf kritisierten Sondergerichte des Militärs.

Vor einem beginnt nun der Prozess gegen Abdel Rahim el Nashiri. Der Mann aus Saudi-Arabien soll u.a. den Anschlag auf das Kriegsschiff »USS Cole« im Oktober 2000 geplant haben, bei dem im Hafen von Aden (Jemen) 17 US-Soldaten starben. Dem Tribunal liegt ein Geständnis Nashiris vor – aber auch seine Erklärung, er habe nur gestanden, weil er gefoltert worden sei. Wie auch aus CIA-Dokumenten hervorgeht, hat man Dutzende Male versucht, ihn mit Hilfe von »Waterboarding«, einem simulierten Ertränken, zum Sprechen zu bringen. Für die Bush-Regierung nur eine »harsche Verhörmethode«, für Manfred Nowak, bis Ende 2010 UN-Sonderberichterstatter, nichts anderes als Folter.

Bevor Nashiri 2006 nach Guantanamo verschleppt wurde, hat man ihn fast vier Jahr lang in CIA-Geheimgefängnissen festgehalten, etwa in Polen. Das alles ohne Gerichtsbeschluss oder rechtlichen Beistand. Schon 2010 hatte er durch seinen Anwalt Ermittlungen gegen die Verantwortlichen gefordert. Vergeblich. »Keine CIA-Mitarbeiter, niemand von den privaten Sicherheitsfirmen und keine Politiker wurden jemals zur Verantwortung gezogen«, kritisiert auch Manfred Nowak.

Weil unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung rechtsstaatliche Prinzipien brutal verletzt wurden, geriet das System Guantanamo im In- und Ausland massiv in die Kritik. Aber es funktioniert – leicht abgeschwächt – noch immer, weil Präsident Obama letztlich vor den politischen wie juristischen Hindernissen im eigenen Land kapitulierte. Inzwischen hat seine Regierung angekündigt, das Lager nun noch vor den Präsidentschaftswahlen im November 2012 schließen zu wollen.

WIE MUSS EIN NEUES DEUTSCHLAND AUSSEHEN?

SO?

SO?

Wohin geht die Reise, was ist wirklich wichtig? Macht oder Mut, Recht und Gerechtigkeit? neues deutschland, die überregionale linke Tageszeitung aus Berlin nimmt Sie mit auf die Reise von mehr sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Kultur und Friedfertigkeit.

Testen Sie jetzt neues deutschland zwei Wochen lang kostenlos: Telefon 030/29 78-1800 oder im Internet unter www.neues-deutschland.de/abo

DRUCK VON LINKS

